

## Newsletter - Dr. Johann Wadephul MdB



Sehr geehrte Damen und Herren,

eine spannende Wahlkreiswoche mit interessanten Begegnungen und Gesprächen nähert sich dem Ende. In Rendsburg habe ich an der Sitzung des örtlichen Sozialausschusses teilgenommen und mit den Ausschussmitgliedern über die ärztliche Versorgung in Rendsburg gesprochen. In dieser Woche hat sich zudem der neu gewählte Kreisvorstand "meiner" CDU Rendsburg-Eckernförde zur konstituierenden Sitzung getroffen. Sehr gefreut habe ich mich über den Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Silberhorn am Marinestützpunkt Eckernförde. Einer Einladung des Förderkreises Heer nach Flensburg zur ersten Präsenzveranstaltung seit Ausbruch der Corona-Pandemie bin ich gerne gefolgt. In einer lebendigen Diskussion haben wir über aktuelle sicherheitspolitische Fragen gesprochen. Die Reise in den hohen Norden habe ich auch genutzt, um die Soldatinnen und Soldaten der Deutschen Marine an der Marineschule Mürwik zu besuchen. Mit den Mitgliedern vom "Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V." habe ich über die Notwendigkeit eines Lieferkettengesetzes für deutsche Unternehmen diskutiert.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

### **Besuch der U-Bootflottille in Eckernförde mit Staatssekretär Thomas Silberhorn**



Ich habe mich sehr gefreut, dass Thomas Silberhorn, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verteidigung, den Marinestützpunkt in Eckernförde besucht hat. Bei strahlendem Sonnenschein hat der Parlamentarische Staatssekretär während seines Besuchs eine detaillierte Einweisung in die hochmoderne U-Boot-Waffe unserer Marine bekommen. Vielen Dank an die Soldatinnen und Soldaten unserer Marine, die auf den U-Booten ihre wichtige Arbeit verrichten.

[Meine ganze Rede finden Sie hier](#)

## **Digitaler Austausch zum Lieferkettengesetz mit dem "Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V."**



Beim Thema „Lieferketten- bzw. Sorgfaltspflichtengesetz“ geht es um die Frage, wie deutsche Unternehmen sogenannte Sorgfaltspflichten für die Einhaltung von Menschenrechten und von international anerkannten Arbeits- und Umweltstandards in der globalen Lieferkette ihres Unternehmens wahrnehmen. So soll u.a sichergestellt werden, dass ein Produkt nicht durch

Kinderarbeit hergestellt ist.

Im gemeinsamen Gespräch mit den Vertretern vom "Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V." habe ich ausgedrückt, dass ich es für wichtig halte, dass es hier einen wirkungsvollen Kompromiss zwischen Rechtssicherheit für Unternehmen und der Einhaltung von Menschenrechten sowie Arbeitsstandards geben muss. Bei der Einführung eines solchen Gesetzes könnte ein Stufenmodell hinsichtlich der Unternehmensgröße eine Möglichkeit darstellen. Wichtig ist auch, dass gerade die Unternehmen, die aufgrund der Corona-Pandemie bereits in einer wirtschaftlich schwierigen Lage sind, nicht noch zusätzlich belastet werden. Es muss Klarheit herrschen, wann Auflagen und Pflichten für Unternehmen erfüllt sind und wann man nicht mehr in der Haftung steht.

## **Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rendsburg zum Thema "Ärztliche Versorgung in Rendsburg"**



Die Sicherstellung einer hochwertigen ärztlichen Versorgung ist eine wichtige Aufgabe für Städte, Gemeinden, Länder und den Bund. Gerade im ländlichen Raum gibt es dabei nicht selten Hindernisse zu überwinden. Daher bin ich froh, dass ich mich mit den Mitgliedern des Sozialausschusses der Stadt Rendsburg, Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein und dem Rendsburger Bürgermeister bei einer Sondersitzung des Ausschusses zu diesem Thema austauschen konnte. Auch in der Stadt Rendsburg sucht man nach Lösungen, um einen Ärztemangel zu verhindern. Eine vermeintlich sichergestellte Versorgung kann bereits kippen, wenn eine Praxis vor Ort schließt oder ein Arzt aus einer Praxisgemeinschaft ausscheidet. Dank verschiedener Gesetzesinitiativen des Bundes kann einer solchen Entwicklung schnell begegnet werden. So können u.a. medizinische Versorgungszentren und Teampraxen beispielsweise durch Gemeinden und Kommunen gegründet werden.

## **Zu Besuch beim Förderkreis Heer**



© 2020 Burghard Lindhorst

Erstmals seit Ausbruch der Corona-Pandemie hat der Förderkreis Heer wieder zu einer Veranstaltung mit physischer Präsenz eingeladen. Für mich als Major der Reserve war die Teilnahme daher selbstverständlich und darum habe ich mich gerne auf den Weg nach Flensburg gemacht. Es gab es viel zu besprechen. Von der aktuellen sicherheitspolitischen Lage bis hin zur Situation der Bundeswehr habe ich viele Fragen beantwortet und wichtige Hinweise für meine Arbeit in Berlin bekommen. Ein besonderes Augenmerk lag natürlich auf den Fragen, was getan werden muss, um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten und zu verbessern. Ich habe mich sehr über den lebendigen Austausch mit den Mitgliedern vom Förderkreis gefreut.

## Mein Interview in der heutigen SHZ



Foto: Tobias Koch

**Nobiskrug, Flensburg German Navel Yard - die deutschen Werften bauen massiv Personal ab, aber die Bundesregierung vergibt den größten Marineauftrag der Geschichte ins Ausland. Reden wir hier von Staatsversagen?**

Nein im Gegenteil. Der Auftrag wurde europaweit ausgeschrieben und wenn andere Werften besser sind, kann man nicht vom Staat verlangen, dass er die Aufträge gelenkt vergibt. Im Übrigen ist das Problem gelöst. Es wird eine enge Zusammenarbeit von deutschen Werften mit der niederländischen Damen-Gruppe geben, so dass ganz wesentliche Teile des Auftrages in Deutschland bleiben.

**Sie haben die europaweite Ausschreibung angesprochen, andere Nationen - so auch die Niederlande - machen das nicht...**

Auch wir denken in diesem Bereich um. Der militärische Überwasserschiffbau ist für die deutsche Industrie derart relevant, dass wir ihn schützen müssen. Trotzdem bleibe ich dabei: das Vergabeverfahren für den Bau der Mehrzweckkampfschiffe MKS 180 war korrekt. Wir sind Europäer und ich finde die antieuropäische Note, die die anschließende Debatte bekommen hat, nicht angemessen.

**Sie haben es selbst angesprochen, inzwischen ist der Marineschiffbau Schlüsseltechnologie - allerdings stehen bis auf einige Spezial- und Versorgungseinheiten kaum Neubauten an. Bleibt Deutschland nur das Know-how der U-Boot-Technologie?**

Nein, wir werden die Flotte grundlegend modernisieren. Neben den Mehrzweckkampfschiffen werden wir die Flottendienstboote - das sind Hochtechnologie-Schiffe für die Aufklärung - erneuern, werden mit Norwegen neue U-Boote beschaffen und derzeit gibt es eine Diskussion um ein drittes Los bei den Korvetten. Da sprechen wir dann ebenfalls noch einmal über fünf Einheiten. Das ist Spezialschiffbau Made in Germany. Die Bundeswehr ist ein verlässlicher Auftraggeber. Und wir brauchen ja auch eine starke Marine. Bündnis- und Landesverteidigung finden wieder verstärkt auch in unseren Gewässern statt.

**Nun gibt es unter anderem von afrikanischen Staaten das Interesse, Korvetten oder Fregatten von deutschen Werften zu kaufen. Das ist allerdings an Bundesbürgschaften geknüpft. Gibt es da Bewegung?**

Ich glaube, dass der negative Blick auf Rüstungsexporte falsch ist. Wir müssen doch ein Interesse daran haben, dass Staaten, mit denen wir eine Kooperation verantwortbar halten, sich verteidigen können - zum Beispiel die angesprochenen afrikanischen Staaten. Dass wir keine Diktaturen oder Kriegsstaaten unterstützen, steht dabei außer Frage. Aber wenn wir wollen, dass Länder wie Angola stabil bleiben, dann müssen wir dafür sorgen, dass sie finanziell in der Lage sind, zu kaufen.

**Die deutschen Werften galten vor Corona dank der Konzentration auf Spezialschiffe und Kreuzfahrer gut aufgestellt - ein Trugschluss?**

Das muss man ganz klar mit Ja beantworten, aber wer konnte ahnen, dass wir solch einen Einschlag bekommen. Das geht aber zum Beispiel dem Flugzeugbau nicht anders. Wir müssen jetzt sehen, dass wir die Fähigkeiten beim Unter- und Überwasserschiffbau nicht verlieren. Deshalb ist die Entscheidung für die Schlüsseltechnologie eine späte, aber notwendige Entscheidung der Bundesregierung gewesen. Unterstützung benötigen aber

auch die Werften im zivilen Sektor. Wir wissen, dass wir mit der Meyer-Werft in Papenburg ein ausgesprochenes Juwel der Werftindustrie haben.

**Kommen wir vom Verteidigungsexperten zum stellvertretenden Bundestagsfraktionschef. Wie kühl wird es in der Abendsonne der Kanzlerin?**

Wir fühlen uns gut gewärmt. Die Frage ist, was wird von der CDU erwartet? Von der CDU wird erwartet, dass sie die Kanzlerpartei ist. Das heißt nicht Selbstaufgabe, aber das heißt Regierungsfähigkeit. Deshalb sehe ich es als meine Aufgabe, dass wir das, was wir als Fraktion an Außen- und Sicherheitspolitik für richtig halten, gemeinsam und nicht gegen die Regierung durchzusetzen. Keine Partei hat solange in Deutschland den Kanzler oder die Kanzlerin gestellt wie die CDU - und das wollen wir auch über das kommende Jahr hinaus tun.

**Aber mit Verlaub: Die CDU wirkt dank der Bundestagsfraktion als gut geölte Regierungsmaschine, allerdings zurzeit nicht wie eine gut geführte Partei. Doch im Wahlkampf zählt die Partei...**

Klar, wir sind in einer schwierigen Umstellungsphase, suchen eine neue Führung. Das ist immer ein Moment der Ungewissheit. Wir bekommen jetzt im Dezember einen neuen Vorsitz und zwei Kandidaten wollen eine Generalsekretärin vorschlagen. Das halte ich für eine gute Idee...

**... dass Paul Ziemiak abgelöst wird?**

Nein, aber wir müssen Frauen nach vorne bringen. Die CDU ist durch Angela Merkel moderner geworden, als alle anderen Parteien und wir müssen aufpassen, dass wir diesen Vorsprung nicht verspielen. Frauen machen anders Politik, bringen andere Richtungen in viele Diskussionen - das tut uns nicht nur gut, sondern das brauchen wir. Ich bin stolz, dass in unserer Landesgruppe von zehn Abgeordneten vier Frauen sind. Wenn das überall in der Partei so wäre, wären wir besser.

**Zurück zum Vorsitz - es gibt Stimmen, die die drei auffordern, sich einvernehmlich zu einigen.**

Das sehe ich nicht so und das ist auch nicht schlimm. Wir leben in einer Demokratie und da wird abgestimmt. Außerdem wird es in der Partei nicht funktionieren, wenn der Eindruck entsteht, die Kandidaten hätten sich vorher abgesprochen und die Posten unter sich verteilt.

**Und wer wird es nun?**

Der nächste Vorsitzende muss zwei Dinge beherrschen. Er muss eine möglichst breite Wählerschaft ansprechen - Wahlen werden auch für die CDU in der Mitte gewonnen. Und zweitens muss er in der Lage sein, in einer täglich komplexeren Welt das wichtigste Land in Europa zu führen.

**Jetzt haben Sie sich aber um eine klare Antwort gedrückt...**

Wer für den CDU-Vorsitz antritt, muss den Anspruch haben, Kanzler zu werden. Wir leben durch Corona in einer riesigen sozialen und wirtschaftlichen Krise. Dazu weiß jeder, dass wir außenpolitisch von einer Krise in die nächste stolpern - nehmen wir Belarus, nehmen wir den Streit zwischen Griechenland und der Türkei, nehmen wir eine mögliche Wiederwahl von Donald Trump. Ein Bundeskanzler muss einem US-Präsidenten, wie auch Herrn Putin oder dem chinesischen Staatschef Xi, auf Augenhöhe entgegentreten. Das ist eine gewaltige Herausforderung, aber auch eine Chance für die CDU. Denn das werden viele Wähler zum Beispiel den beiden sehr sympathischen Kandidaten der Grünen nicht zutrauen.

## **Bericht aus Berlin zum Thema „Steigende Infektionszahlen: Sind bundesweit verbindliche Regeln nicht erfolgsversprechender im Kampf gegen Corona als regionale Schutzmaßnahmen?“**



Der erneute Anstieg der Corona-Neuinfektionen ist besorgniserregend. Deshalb ist es gut, dass die Bundeskanzlerin angekündigt hat, sich mit den Ministerpräsidenten der Länder über das weitere Vorgehen im Kampf gegen die Pandemie zu beraten. Seit Ausbruch der Pandemie hat sich die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen verbessert, die Zuständigkeiten sind klar geregelt. So haben Bund und Länder am 27. August gemeinsam entwickelte Leitlinien zur Bewältigung der Pandemie beschlossen. Sie gelten in allen Bundesländern.

Diese Regeln sehen vor, dass Großveranstaltungen bis Ende 2020 untersagt sind. Weiterhin gelten bundesweit die Abstands- und Hygieneregeln. Die Bürgerinnen und Bürger sind angehalten, mit möglichst wenig Menschen Kontakt zu haben. Grundsätzlich ist ein Mindestabstand von 1,5 Metern einzuhalten. Ergänzend gilt eine Maskenpflicht für öffentliche Plätze, an denen der Abstand nicht eingehalten werden kann. Masken-Verweigerer zahlen ein Mindest-Bußgeld in Höhe von 50 Euro. Zudem wurden einheitliche Regelungen für Reise-Rückkehrer erlassen, die eine Quarantäne- und Testpflicht für Rückkehrer aus Risiko-Gebieten beinhalten.

Gleichzeitig wurde sich auf eine Notbremsen-Regelung verständigt. Sollte es in einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt innerhalb von sieben Tagen mehr als 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner geben, müssen hier neue Einschränkungen erlassen werden, wenn sich die Ansteckungen nicht klar einem genauen Ort zuordnen lassen. Die weitere Ausgestaltung der Regelungen erlassen die Länder. Für deren Vollzug sind die örtlichen Behörden zuständig, was ein regional angepasstes Reagieren auf das örtliche Infektionsgeschehen erlaubt.

Das ist richtig und notwendig. Covid-19 ist in ganz Deutschland präsent und bleibt ein globales Problem. Aber das jüngste Infektionsgeschehen zeigt, dass sich das Virus regional sehr unterschiedlich manifestiert. Das zeigt sich auch in Schleswig-Holstein, wo Neumünster als einzige Stadt wieder stark gestiegene Corona-Zahlen verzeichnet. Die regionalen Besonderheiten machen es notwendig, dass die Länder und Landkreise bedarfsgerecht und zügig auf die Situation vor Ort reagieren. Gerade dieser regionale Ansatz in Deutschland ist das Erfolgsrezept. Zentral regierte Staaten wie Frankreich beneiden uns um unseren Föderalismus und unsere intakte kommunale Struktur. Deutschland kann wie wenige andere Länder somit gleichermaßen effektiv wie gezielt in das

Infektionsgeschehen eingreifen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in ein erholsames Wochenende

Herzlichst

Ihr



Johann David Wadephul



[Impressum:](#)

**Berliner Büro**

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-73367

Fax: +49 30 227-76384

E-Mail: [info@johann-wadephul.de](mailto:info@johann-wadephul.de)

**Wahlkreisbüro**

Paradeplatz 10

24768 Rendsburg

Telefon: +49 4331-14 16 16

Fax: +49 4331-14 16 20

E-Mail:

[johann.wadephul.wk@bundestag.de](mailto:johann.wadephul.wk@bundestag.de)

Diese E-Mail wurde an {{ contact.EMAIL }} versandt.  
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich auf Dr. Johann Wadephul, MdB  
angemeldet haben.

[Abmelden](#)



© 2020 Dr. Johann Wadephul, MdB